

Bürgerhaushalt 2013: ein Riesenerfolg?

Die Bürger/innen haben geliefert – was macht der GR daraus?

Die Beteiligung am Bürgerhaushalts-Verfahren 2013 ist gegenüber dem ersten Durchgang 2011 um das Dreifache gestiegen: 26.992 Bürgerinnen und Bürger (2011: 8.983) haben Vorschläge eingereicht, Bewertungen abgegeben oder Diskussionsbeiträge eingestellt. Auch die Zahl der eingereichten Vorschläge ist deutlich größer geworden (2.943 gegenüber 1.745), und die Zahl der abgegebenen Bewertungen ist mit 952.580 (2011: 243.404) geradezu phänomenal. In keiner anderen deutschen Kommune ist es gelungen, die Beteiligungszahlen derart zu steigern – meist ist beim zweiten oder dritten Durchgang eher ein Rückgang zu verzeichnen.

Die Zahlen belegen es: die SPD-Gemeinderatsfraktion hat mit ihrem Antrag 2010 auf Einführung des Bürgerhaushaltsverfahrens den Nerv der Bürger/innen getroffen!

Umso größer ist jetzt die Verantwortung des Gemeinderats insgesamt, mit den Anliegen der Bürger/innen angemessen umzugehen. Die Bürger/innen müssen aus den Stellungnahmen der Verwaltung und der Bezirksbeiräte und vor allem bei den anstehenden Haushaltsberatungen wahrnehmen können, dass ihre Anregungen nicht nur als Beteiligungs-Spielerei gesehen werden. Dabei wissen die Bürger/innen selbst, dass der Haushaltsplan kein Wunschkonzert ist. Es kommt also nicht allein darauf an, wie viele der Vorschläge des Bürgerhaushalts dann tatsächlich in positive Beschlüsse Eingang finden. Wie ernsthaft befassen sich die Fraktionen mit den Vorschlägen und Diskussionen und den erkennbaren Themen-Schwerpunkten der Bürger/innen? Wie transparent wird vermittelt, welche Fraktionen welche Anliegen aufgegriffen haben? Werden Begründungen veröffentlicht für nicht aufgegriffene Vorschläge? Erst wenn diese Fragen zufriedenstellend beantwortet werden können, kann von einem wirkli-



Top-Thema im Westen: Mehr Grün in den Straßen, wie hier in der Reinsburgstraße.

chen Riesenerfolg gesprochen werden! Und schließlich gilt wie beim Fußball: „nach dem Spiel ist vor dem Spiel“. Wie ernsthaft gehen Verwaltung und Fraktionen mit den Erfahrungen aus dem zweiten Durchgang um? Werden weitere Verbesserungen im Sinne eines „lernenden“ Verfahrens akzeptiert werden? Der überparteiliche Arbeitskreis Stuttgarter Bürgerhaushalt legt, wie beim ersten Durchgang, hierzu Vorschläge vor. Die SPD-Bezirksbeirats-Fraktion sieht die zahlreichen Vorschläge für Stuttgart-West, die auf eine Verbesserung des Wohnumfelds durch mehr und gepflegtes Grün zielen, oder die vielen Vorschläge zur Verbesserung des Radwegenetzes sowie die Vorschläge zur Schaffung günstigen Wohnraums als Aufforderung, diese politischen Ziele auch in Zukunft in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen zu stellen. Der Bezirksbeirat wird ein wichtiger Ort sein, an dem sich entscheidet, ob die Bürger/innen auch in Zukunft das

Bürgerhaushalts-Verfahren als ernsthafte Möglichkeit zur Mitgestaltung des Gemeinwesens sehen.

■ Dr. Heinrich Schneider

Kontakt vor Ort

■ **Marcus Brucker** · Vorsitzender
Strohberg 3
70180 Stuttgart
marcus_brucker@web.de

■ **Judith Zängle-Koch**
Stellv. Vorsitzende und Sprecherin
der Bezirksbeiratsfraktion
judith.zaengle-koch@t-online.de

■ **Donald Riedeberger**
Sprecher Juso-AG West
west@jusos-stuttgart.de

Weitere Informationen unter:
www.spd-stuttgart-west.de



Die SPD feiert in diesem Jahr ihr 150stes Bestehen. Auch von Stuttgart und seinen Sozialdemokraten sind wichtige Beiträge zu Geschichte und Politik der SPD ausgegangen.

Ein paar Beispiele: Wenige Jahre nach der Gründung 1863 und 1869 war die SPD mit Karl Kloss im württembergischen Landtag, bald mit dem Redakteur der Schwäbischen Tagwacht Wilhelm Bloss auch im Reichstag vertreten (auch wenn der zunächst für den Wahlkreis „Fürstentum Reuss, Ältere Linie“, dann für Braunschweig und erst in den 90er Jahren für Stuttgart kandidierte). Die Verbotszeit des Bismarck'schen Sozialistengesetzes von 1878 - 1890 überstand die SPD nicht nur fast schadlos, sie ging sogar gestärkt daraus hervor. Die meisten Ortsvereine der SPD und der Stadt- oder Kreisverbände feiern bis heute ihr Gründungsdatum in diesen Jahren. 1898 wurde

150 Jahre SPD

Eine kurze Rückschau aus Stuttgarter Sicht

unter Führung von August Bebel der Reichsparteitag der SPD in Stuttgart veranstaltet; im gleichen Jahr gab es hier die erste offiziell genehmigte Mairkundgebung der deutschen Arbeiterbewegung. In den Jahren danach entwickelte sich Stuttgart, mit Clara Zetkin als führender Sprecherin, zu einem der Zentren der sozialistischen Frauenbewegung in Deutschland. 1907 fand hier der Internationale Sozialistenkongress, wieder mit August Bebel und mit dem französischen Sozialistenführer Jean Jaurès, statt. Die Sozialdemokratie war in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg die stärkste Fraktion im Gemeinderat. Sie hatte fast 10.000 Mitglieder und erreichte in den Oberbürgermeisterwahlen 1911, gegen den Kandidaten der miteinander verbündeten bürgerlichen Parteien, mit Hugo Lindemann und 44,2 % der abgegebenen (freilich nur insgesamt 30.000) Stimmen einen Erfolg, der erst 2004 wieder (mit Ute Kumpf im zweiten Wahlgang gegen Wolfgang Schuster) übertroffen wurde.

In der Frage der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 gespalten, fanden am Ende des 1. Weltkriegs, 1918, SPD und USPD noch einmal zu einer gemeinsamen Regierung unter Führung von Wilhelm Bloss zusammen. Am 9. November 1918, noch vor der Abdankung des Königs Wilhelm II. begründet, wurde sie allerdings wenige

Tage später durch eine zweite Regierung im Format der späteren „Weimarer Koalition“, also aus SPD mit Zentrum und Demokratischer Partei, ersetzt. 1919 wurde Wilhelm Bloss der erste Staatspräsident des „Ländles“, gab dieses Amt jedoch nach der harschen Wahlniederlage, die der unvermeidlichen Zustimmung auch der SPD zu den Bedingungen des Versailler Vertrags noch 1919 folgte, wieder auf. In Regierungsverantwortung ist die SPD in Württemberg seitdem bis 1933 nicht wieder gelangt. Aber unter der Führung Kurt Schumachers, seit 1920 Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“, seit 1927 Vorsitzender der Stuttgarter SPD, und Erwin Schoettles, seit 1931 Parteisekretär, hat auch hierorts die SPD, wie keine andere Partei bis 1933, entschieden den Widerstand gegen den Aufstieg der Nationalsozialisten und gegen die Spaltung durch die KPD geführt. Kurt Schumacher erduldet seit Sommer 1933 11 Jahre leidensvolle KZ-Haft; Erwin Schoettle überstand mit seiner Frau Helene die NS-Zeit im Exil, zuletzt in England. Von 1945 an, vom in Stuttgart 1946 erneut stattfindenden Parteitag der SPD an, haben beide entscheidende Beiträge zum Wiederaufbau des Landes und der Stadt sowie zur Neuerrichtung der deutschen Demokratie geleistet. Ihr Vermächtnis verpflichtet uns alle - bis heute.

■ Peter Müller-Rockstroh

DAS WIR FEIERT. SOMMERFEST DER SPD STUTTGART · 14. JULI 2013

Die SPD Stuttgart lädt Sie herzlich zum Sommerfest 2013 ein.

Ort: Berger Festplatz im Unteren Schlossgarten (Nähe Mineralbäder)

Zeit: 13:00 - 19:00 Uhr

Im Jahr 2013 gibt es etwas Besonderes zu feiern: Die Volkspartei SPD besteht seit 150 Jahren. Feiern Sie mit uns - bei heißen Grillwaren, kalten Bieren oder bei Kaffee und Kuchen. Gemeinsam mit Ihnen möchten wir auf die historische Kontinuität und die zukünftige Gestaltungskraft unserer Partei blicken und freuen uns, dass wir dafür Gernot Erler, Spitzenkandidat der badenwürttembergischen SPD zur Bundestagswahl 2013, als Redner gewinnen konnten. Freuen Sie sich mit ihm und mit uns auf ein buntes Pro-

gramm aus Politik und musikalischer Unterhaltung. Auch für die „Kleinen“ ist gesorgt. Wir freuen uns auf Ihr und Euer Kommen.

MUSIKALISCHES PROGRAMM

13:00 - 15:00 Uhr: Musikverein Gaisburg

15:15 - 17:00 Uhr: Vitali Ehret

17:00 - 19:00 Uhr: No Better Question

POLITISCHES PROGRAMM

14:15 Uhr: Kurzinterviews
Dejan Perc und Roswitha Blind

14:45 Uhr: Rede „150 Jahre SPD“
Gernot Erler MdB und Spitzenkandidat der SPD Baden-Württemberg

15:30 Uhr: Kurzinterviews
Ute Vogt, Ute Kumpf und Nicolas Schäfstoß
Moderation: Daniel Campolieti



Der Berger Festplatz befindet sich im Park auf einer kleinen Anhöhe gegenüber der Liegewiese des Bad Berg.

U-BAHN VERBINDUNGEN:

U1 · U2 · U14 · Haltestelle Mineralbäder

Neu im Westen: Arbeitskreis Kreativpaket

„Unser Projekt heißt Zukunft.“, so lautet das Motto der SPD Bundestagsfraktion und der SPD Ortsverein Stuttgart-West macht mit und hat sich dabei eines besonderen Themas angenommen.

Der Kreativpakt, ein Bündnis aus Kultur, Wirtschaft und Politik will das Potenzial für die Kreativwirtschaft weiterentwickeln. Denn die Kreativwirtschaft ist mit einem Jahresumsatz von 137 Mrd. Euro und einer Million Menschen eine zentrale wirtschaftliche Größe und Impulsgeber für gesellschaftliche Erneuerung. Sie ist Zukunftslabor und Avantgarde, Beschäftigungsmotor und Wachstumstreiber.



Kreativpakt 2.0 · Mehr unter: www.kreativpakt.org

Seit März dieses Jahres gibt es im Ortsverein West einen eigenen Arbeitskreis Kreativpakt. Themen wie Kreativwirtschaftsförderung, Soziale Absicherung von Kreativen, Urheberrecht und

Netzpolitik werden inhaltlich bearbeitet. Ersten Höhepunkt bildete eine „Fraktion vor Ort“ Veranstaltung am 18. Juni 2013 im Württembergischen Kunstverein mit Ute Vogt MdB, Ute Kumpf MdB und Siegmund Ehrmann MdB (Sprecher Medien- und Kulturpolitik SPD Bundestagsfraktion) sowie einem Podium unterschiedlicher Akteure der Kreativwirtschaft zum Thema Kreativpakt 2.0 – Kultur- und Wirtschaftsförderung. Weitere Aktionen vor Ort werden folgen.

Kontakt für Interessenten:
Stefanie Brum
E-Mail: west@spd-stuttgart.de

■ Stefanie Brum

Aufwind in der Wohnungspolitik

Der städtische Wohnungsbericht 2012 – vorgelegt im Wirtschaftsausschuss Anfang Mai 2013 – zeigte mal wieder sehr drastisch die Stuttgarter Situation auf dem Wohnungsmarkt.

Die Vormerkdatei des Amtes für Liegenschaften und Wohnen für Menschen mit Anspruch auf eine Sozialwohnung steigt weiter an: Zum 31. Dezember 2012 waren dort 3.330 wohnungssuchende Haushalte vorgemerkt, davon 1.768 Not- und Dringlichkeitsfälle. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Wohnungssuchenden um 17,5% erhöht.

Auch die Wartezeiten bis zu einer Wohnungsvermittlung sind länger geworden: Ein-Personen-Haushalte, das sind 57% der Vormerkungen, müssen im Mittel 15 Monate warten. Aber wen wundert's, wenn im Jahr 2012 nur 86 neue Wohnungen durch die Stadt gefördert worden sind, und davon nur 21 Sozialmietwohnungen. Es muss etwas getan werden, und zwar dringend!

Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat daher Ende letzten Jahres eine Wohnungsbauoffensive für Stuttgart mit 15 Punkten beantragt. Kürzlich gab es nun hierzu erste Antworten von Oberbürgermeister Fritz Kuhn. Auch für ihn ist es eine „elementare Frage sozialer Gerechtigkeit, Wohnraum zur Verfügung zu stellen.“ Das von uns geforderte Handlungskonzept, wie man zu mehr, und vor allem zu mehr bezahlbarem Wohnraum kommt, will er im Herbst vorlegen.

Das Ziel der SPD ist, 1.800 Wohnungen pro Jahr – davon 600 gefördert – zu schaffen. Wir brauchen ein ausreichendes, bezahlbares und den unterschiedlichen Bedürfnissen von Menschen entsprechendes Wohnangebot. Insbesondere Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen – dazu gehören ErzieherInnen, Krankenschwestern und Pfleger, VerkäuferInnen, Alleinerziehende oder Polizisten – sind auf eine bezahlbare Wohnung angewiesen. Dies wird aber nur gelingen, wenn die Stadt auch geeignete Grundstücke für den Wohnungsbau aufkauft.



Mieten dürfen nicht in den Himmel wachsen · Mehr bezahlbarer Wohnraum in Stuttgart

Und wie sieht es mit den weiteren Forderungen unseres Antrags aus? Das Stuttgarter Innenentwicklungsmodell (SIM) greift und wird fortgesetzt. Unserem Vorschlag für ein „Bündnis für Wohnen“ wird der Oberbürgermeister näher treten. Es geht darum, mit Sozialhilfeträgern, Kirchen und vor allem den Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften enger zusammenzuarbeiten und Wohnungsbaukriterien, Programme und Vorgehen zu entwickeln. Wie die städtische Wohnungsbaugesellschaft SWSG aber den Spagat zwischen mehr sozialem Wohnraum einerseits und Wirtschaftlichkeit andererseits erzielen soll, blieb offen. Hinsichtlich unserer Anträge bezüglich Zweckentfremdungsverbot und Kapplungsgrenze bei Mieterhöhungen sind die Briefe an das Land rausgeschickt. Dagegen nimmt sich der Oberbürgermeister für die Entscheidung über ein neues Wohnungsamt leider noch Zeit. Wir sind gespannt, wie es weitergeht.

■ Monika Wüst

"Mich fragt ja keiner!"

SPD beantragt mehr Mitbestimmung für Jugendrat

■ Wer sich als Jugendlicher in Stuttgart politisch engagieren und an den kommunalen Entscheidungsprozessen mitwirken möchte, für den ist der Jugendrat die richtige Adresse. Inzwischen ist in den meisten Stadtteilen ein Jugendrat vertreten und engagiert sich für die Belange vor Ort. Skateranlagen oder ehrenamtlich geführte Jugendcafés zählen zu ihren Erfolgen.

Die Rechte und Befugnisse des Jugendrats sind in Paragraph 41a der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg festgelegt. Darin heißt es, dass „ein Vorschlagsrecht und ein Anhörungsrecht vorgesehen werden“. Dadurch können Jugendräte Anträge stellen und Stellungnahmen abgeben. In Stuttgart ist dies jedoch bisher nur auf der Bezirksebene geregelt. Ansonsten sind Jugendräte als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss, im Fahrgastbeirat des VVS und im Arbeitskreis Spielflächen vertreten. Für die SPD im Gemeinderat ist diese Form nicht mehr zeitgemäß! Nachdem jetzt das aktive Wahlrecht in Baden-Württemberg auf 16 Jahre herabgesetzt wurde, müssen die Mitwirkungsrechte weiterentwickelt werden. Deshalb hat die SPD-Gemeinderatsfraktion beantragt, dass eine Vertretung des Jugendrats an den Sitzungen des Gemeinderats mit Rederecht teilnehmen kann. Mindestens einmal pro Jahr soll ein Bericht des Jugendrats in der Vollversammlung erfolgen. Ebenso soll die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Schulen, jugendspezifischen Trägern, Sportverbänden und Jugendrat in Hinblick auf die Kommunalwahl 2014 ein Konzept erarbeiten, wie man junge Menschen zum Wählen motivieren kann.



Stuttgarter Jugendrat · Die Kraft der jungen Generation stärken

© Jugendrat Stuttgart

Der Jugendrat kann zu einem bedeutenden Mitbestimmungsgremium in der Stadt werden, wenn er weitere Rechte erhält und wenn die Anliegen der Jugendlichen bei allen Anträgen und Vorlagen berücksichtigt werden. Eine Beteiligung des Jugendrats sollte bei Bedarf in allen Ausschüssen ermöglicht werden. **Unseren Antrag zum Thema stärkere Beteiligung von Jugendlichen vom 26. April 2013 können Sie abrufen unter www.stadtwaerts-spd.de/antraege-spd.**

Seit 1995 gibt es den Stuttgarter Jugendrat. Er wird alle zwei Jahre direkt gewählt. Die nächste Jugendratswahl findet 2014 statt. Kandidieren können Jugendliche, die am Wahltag zwischen 14 und 19 Jahre alt sind.

■ Judith Vowinkel

Tempo 30 vor Schulen – nun auch in Stuttgart

■ Kinder sind keine Erwachsene. Wenn sie gemeinsam zur Schule gehen, wenn sie unterwegs auf Klassenkameradinnen und Freunde treffen, dann lässt ihre Aufmerksamkeit für den Straßenverkehr nach. Deshalb ist Tempo 30 vor Schulen gut für die Sicherheit unserer Kinder.

Während unsere bisherigen Vorstöße von der Stadtverwaltung mit Verweis auf die Straßenverkehrsordnung (StVO) abgelehnt wurden, haben andere Städte gehandelt. Der Nürnberger Gemeinderat hat schon im Sommer 2011 Tempo 30 vor seinen Schulen beschlossen. Wie zu erwarten war, hat ein Autofahrer dagegen geklagt, doch das Verwaltungsgericht in Ansbach hat die Klage abgewiesen. Weil Kinder sich unvorsichtig und unvernünftig verhalten, komme es vor Schulen zwangsläufig immer wieder zu gefährlichen Verkehrssituationen, befand das Gericht. Tempo 30 vor Schulen sei deshalb grundsätzlich möglich. Man muss nicht erst warten, bis etwas passiert.

Das Urteil von Ansbach haben wir aktuell für einen neuen Vorstoß genützt. Mit Erfolg! Vor 38 Schulen, die nicht sowieso in Tempo-30-Zonen liegen, soll die Geschwindigkeit



Sicherheit geht vor - Tempo 30 vor Schulen

© GTÜ/ pixelio.de

auf Tempo 30 beschränkt werden, flankiert durch bauliche Maßnahmen. Bei sechs Schulen stehen die Umgestaltungsmaßnahmen unmittelbar bevor. Wir freuen uns, denn die Unversehrtheit unserer Kinder ist ein hohes Gut.

■ Dr. Roswitha Blind